



Niederschrift

35. Plenarsitzung des Gemeinderates
22. Februar 2022, 15:30 Uhr
öffentlich
Bürgersaal, Rathaus am Marktplatz
Vorsitzender: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

10.

Punkt 9 der Tagesordnung: Änderung der „Richtlinien der Stadt Karlsruhe für die Förderung von Kindertagesstätten und Kinderkrippen“

Vorlage: 2022/0062

Punkt 10 der Tagesordnung: Änderung der „Grundsätze der Stadt Karlsruhe über die Gewährung von Investitionskostenzuschüssen für Kindertageseinrichtungen“ - Anpassung der Förderobergrenzen

Vorlage: 2022/0063

Beschluss:

TOP 9:

Der Gemeinderat beschließt nach Vorberatung im Jugendhilfeausschuss die neu gefasste „Richtlinie der Stadt Karlsruhe für die Förderung von Kindertagesstätten und Kinderkrippen“ gemäß Anlage.

TOP 10:

Der Gemeinderat beschließt nach Vorberatung im Jugendhilfeausschuss die neu gefassten „Grundsätze der Stadt Karlsruhe über die Gewährung von Investitionskostenzuschüssen für Kindertageseinrichtungen“ gemäß Anlage 2 und stimmt der grundsätzlichen Übertragung der Restmittel aus dem jeweiligen Vorjahr zu.

Abstimmungsergebnis:

TOP 9: Einstimmige Zustimmung.

TOP 10: Mehrheitliche Zustimmung.

Der Vorsitzende ruft Tagesordnungspunkte 9 und 10 zur Behandlung auf und verweist auf die erfolgte Vorberatung im Jugendhilfeausschuss am 2. Februar 2022.

Stadtrat Bauer (GRÜNE): Die Träger in dieser Stadt werden diese beiden Vorlagen mit einem lachenden und einem weinenden Auge zur Kenntnis genommen haben, weinend vermutlich

deswegen, weil sie erst jetzt kommt, lachend, weil sie denn kommt. Wir stimmen selbstverständlich beiden Vorlagen zu. Sie sind wichtig, sie sind überfällig.

Die Erhöhung der Mietkostenzuschüsse ist etwas, was schon eine lange Forderung seitens der Träger war. Die letzte Erhöhung war 2015. Seither, wissen wir, sind die Bau- und Mietkostensteigerungen immens gewesen, das Gleiche bei den Investitionskostenzuschüssen, gleiches Prinzip, gleiche Problematik, letzte Erhöhung war 2018. Gerade bei der schwierigen Aufgabe des Ausbaus ausreichender Betreuungsplätze im Rahmen des bestehenden Rechtsanspruchs ist zögerliches Handeln gerade bei städtischen Förderungen ein Bremsklotz, und deswegen ist es für uns als Politik die Aufgabe, dass wir die nächste Anpassung, sofern sie denn nötig wird, dann auch zügiger vornehmen und dieses Thema im Auge behalten. Gerade die Anpassung zum Beispiel der Zuschüsse für die Spielgruppen in diesem Zusammenhang ist gleich doppelt nötig und doppelt intelligent, dass wir so was frühzeitig erkennen. Auf der einen Seite dient es der Planbarkeit der Träger. Auf der anderen Seite ist es eine Entlastung für uns als Stadt in der knappen Betreuungslage, wenn wir solche flexiblen Angebote eben proaktiv fördern und dann nicht den Entwicklungen hinterherrennen.

Stadtrat Müller (CDU): Die Anpassung der Förderobergrenzen zu Investitionskostenzuschüsse der Kindertageseinrichtungen erachten wir als eine konsequente Fortführung zu Anpassungen, gerade in Hinblick auf weiteren Ausbau von Kindertageseinrichtungen und damit der Erhöhung von Kindertagesplätzen, aber auch im Bereich der Sanierungen, Umbauten, Außengestaltungen, flexibles oder vielmehr bewegliches Inventar der Einrichtungen. Von daher kommt diese Anpassung der Förderobergrenzen keinesfalls zu spät. Über keinesfalls zu früh kann man sicherlich geteilter Meinung sein, und da würde ich an meinem Vorredner anschließen, die Träger hätten sich es wahrscheinlich etwas früher gerne gewünscht, aber nun ist es da. Nun können wir uns darüber freuen letztendlich, vor allem auch vor dem Hintergrund eines rechtlichen Betreuungsanspruches und dem Mehrbedarf an den Plätzen und den Einrichtungen und der Anpassung der Förderobergrenzen als ein wichtiges Signal für den weiteren Ausbau der Kinderbetreuungsplätze in dieser Stadt.

Stadträtin Melchien (SPD): Ich kann mich den Worten meiner Vorredner anschließen. Auch die SPD-Fraktion begrüßt diese Verwaltungsvorlage. Wir möchten uns aber insbesondere bei der mutigen Fachverwaltung bedanken, diese Vorlage uns heute auf den Tisch zu legen, gerade in Zeiten der aktuellen Haushaltssituation und knapper Kassen. Es ist schon eine enorme Vorlage, die wir überhaupt nicht kritisch diskutieren, aus gutem Grunde überhaupt nicht, aber die weitreichenden finanziellen Konsequenzen für uns als Stadt mit sich bringen wird.

Sie haben geschrieben, gerade die Anpassung der Förderobergrenzen spielten jetzt in den letzten Jahren gar nicht so sehr die Rolle. Die Mietkosten natürlich schon, da haben wir die Problematik schon gesehen, aber gerade für diejenigen Träger, die hier für unsere Stadt sehr früh Verantwortung übernommen haben, wird dieses Thema auch noch mal stärker auf uns zukommen, und hier haben wir jetzt wirklich den notwendigen Beschluss, um uns hier gut aufzustellen, um auch in der Zukunft einer bedarfsgerechten Versorgung zumindest näher zu kommen. Hier muss noch einiges getan werden. Dafür mussten diese Grenzen angepasst werden und die Zuschüsse. Die Stadtverwaltung ist von sich aus auf uns zugekommen. Mit den Trägern haben wir das schon im Vorfeld sehr, sehr ausführlich diskutiert, mit der Liga der freien Wohlfahrtspflege. Die haben uns das immer als ihren Schwerpunkt genannt. Es ist ja nicht so, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass wir im Bereich Kita nichts getan hätten in den vergangenen Jah-

ren, nur haben sich unsere Debatten hier oftmals auf andere Themen fokussiert. Den allgemeinen Ausbau, den wir natürlich fast schon wie tägliches Geschäft hier beschlossen haben und gar nicht mehr groß debattiert haben. Auf der anderen Seite qualitative Verbesserungen, den massiven Ausbau von PIA-Plätzen und vieles mehr, auch die Reduzierung der Elternbeiträge, aber jetzt kommen wir eben einem Bedarf der Träger sehr stark nach, der dringend notwendig ist für den Ausbau und damit auch für den Standort hier, für die Familienfreundlichkeit unserer Stadt, und ich bin sehr froh, dass wir heute einvernehmlich diesen Beschluss fassen können.

Stadtrat Høyem (FDP): Kollegin Melchien hat absolut Recht, das ist ein guter Tag, dies zu tun, aber sie hat auch auf einem anderen Weg Recht. Wir haben im Jugendhilfeausschuss Jahre lang auch vor dieser Mandatsperiode immer Kitas im Fokus gehabt und das haben wir als nicht-parteilichen Streit gehabt, aber wir haben uns gefreut über diese breite Trägerlandschaft, die wir in der Kinderbetreuung in unserer Stadt haben. Das kostet Geld, ja, und dieses Geld mussten wir bezahlen. Wir haben besonders diese Möglichkeit für den Mietenzuschuss sehr oft diskutiert, und da gibt es keinen Grund, das hier zu verlängern, nur um zu sagen, das ist die richtige Zeit, das anzupassen, trotz der Haushaltslage, und das ist wirklich für mich persönlich, der Leiter war in einem sehr großen Kindergarten hier in Karlsruhe, sehr toll, dass wir die Kita, die Kindergärten im Fokus haben und das überparteilich. Das finde ich sehr gut.

Stadtrat Schnell (AfD): Angesichts der Haushaltslage sind grundsätzlich jedwede Mehrausgaben zu hinterfragen und auf ihre Sinnhaftigkeit hin zu überprüfen. Im konkreten Fall der im TOP 9 zur Abstimmung stehenden Anpassung der Förderobergrenzen kommen wir zu dem Schluss, dass diese Sinnhaftigkeit gegeben ist. Zudem sind die Zuschüsse nicht für die Ewigkeit vorgesehen. Vielmehr sollen sie enden, wenn der gesetzliche Anspruch auf einen Kinderbetreuungsplatz bedarfsgerecht in Karlsruhe erfüllt ist, so die Vorlage.

Bei der Anpassung der Förderobergrenzen für Investitionszuschüsse sehen wir das jedoch differenziert, denn die Notwendigkeit zur Erhöhung der Zuschüsse für den Bau, Umbau, Erweiterung, die Sanierung von Kita-Einrichtungen freier Träger, begründet die Stadt in ihrer Vorlage insbesondere mit, ich zitiere: „zusätzliche gesetzliche (baurechtliche) und technische Anforderungen für solche Bauvorhaben hinzu. Dies vor allem bei den energetischen Aspekten des Bauens“, Zitat Ende. Die haben wir als Stadt aber nicht bestellt, sondern sind uns von Bund und Land aufgenötigt worden. Dabei fehlen uns in Karlsruhe weiterhin Kitaplätze, sodass wir mit den zur Verfügung stehenden Mitteln besser zusätzliche Kitaplätze schaffen, also so, wie das neulich in einem Ausschuss formuliert wurde, die zur Verfügung stehenden Mittel intelligent einsetzen, anstatt bestehende Einrichtungen nach überzogenen Standards zu erweitern oder zu sanieren.

Mit Blick auf unsere Haushaltssituation und was uns hierzu in der letzten Sitzung der Strukturkommission perspektivisch seitens der Stadt eröffnet wurde, sollten wir bei diesem Punkt ganz klar auf die Einhaltung des Konnexitätsprinzips pochen oder ganz einfach ausgedrückt, wer bestellt, bezahlt. Unsere Finanzbürgermeisterin hat immer wieder auf die Wichtigkeit dieses Prinzips hinsichtlich der kommunalen Finanzlasten hingewiesen, verursacht durch die Vorgaben aus Land und Bund. Deshalb sollten wir es auch bei diesem Punkt strikt hochhalten und als Stadt nicht einfach willenlos alle Viere von uns strecken. Daher lehnt die AfD die Vorlage zu TOP 10 unter expliziter Anerkennung, das ist wichtig, der weiteren bestehenden Notwendigkeit, zusätzliche Kitaplätze zu schaffen, aber eben ohne überzogene Standards, ab.

Stadtrat Bimmerle (DIE LINKE.): Ich kann mich, glaube ich, fast allem anschließen, bis auf den Vorredner, was geäußert wurde. Ich glaube, es ist auch ein schönes Zeichen, dass die Vorlage von der Verwaltung kommt und auch eine übergreifende Mehrheit findet. Das ist, glaube ich, sicherlich in diesen Zeiten nicht ganz üblich. Wir begrüßen sehr, dass es hier noch mal erweiterte Zuschüsse gibt oder eine Anpassung der Zuschüsse erfolgt. Ich glaube, das ist ein gutes Zeichen, wie ernst wir das bei diesem Thema Kita-Landschaft in Karlsruhe meinen und dass wir da niemanden, auch keinen Träger, irgendwo im Regen stehen lassen, sondern diesen Weg weiter forcieren, und ich glaube, das ist gut und richtig aus einer bildungspolitischen Perspektive und auch aus einer sozialen Perspektive.

Der Vorsitzende: Vielen Dank. Zwei Hinweise, da ist zwar jetzt mehr Geld vorgesehen, das haben Sie aber im Rahmen des Haushaltsbeschlusses schon quasi genehmigt. Das heißt, es geht jetzt nicht über den aktuellen beschlossenen Haushalt hinaus, sondern es ist die Umsetzung von etwas, was Sie in der Haushaltsaufstellung bereits beschlossen haben.

Zweite Bemerkung, das Programm ist nicht zeitlich befristet, bis quasi die Gesamtausbaustufe erreicht ist, sondern dann werden wir theoretisch Zusätzliche nicht noch mitfinanzieren, aber die, die die Finanzierung bekommen haben, die haben sie natürlich dauerhaft. Außerdem kann ich noch lange nicht erkennen, dass wir diese Bedarfe wirklich erfüllen, und insofern nur, dass da kein falscher Eindruck entsteht an der Stelle, diese Mietkostenzuschüsse sind natürlich dauerhaft zu leisten, sonst könnten die Träger diese Plätze gar nicht bereitstellen.

Stadträtin Melchien (SPD): Ja, ich wollte auch nur kurz darauf hinweisen, dass die AfD hier suggeriert hat, wir würden zeitlich begrenzen, es sich der Passus allerdings, den Sie zitiert haben, sich nur auf Spielgruppen bezieht, und wir fördern natürlich nicht einem Kind einen Spielgruppenplatz, mit Hilfe dessen der Druck auf einen Rechtsanspruch etwas gesenkt wird und dann gleichzeitig noch einen Kitaplatz. Nur das war damit gemeint, nicht, dass hier der falsche Eindruck entsteht. Sehr gerne, das nächste Mal vielleicht außerhalb dieser Debatte, dann können wir es verkürzen.

Der Vorsitzende: Vielen Dank noch mal für den Hinweis. Dann hatte ich das nämlich nicht auf die Spielgruppen, sondern allgemein bezogen, aber jetzt haben wir es ja geklärt.

Dann kommen wir jetzt zur Abstimmung. Ich rufe auf Tagesordnungspunkt 9. Da geht es um die Richtlinien für die Förderung von Kitas und Kinderkrippen und bitte um Ihr Votum ab jetzt. – Das ist eine einstimmige Zustimmung, vielen Dank.

Dann rufe ich auf TOP 10. Da geht es um die Investitionskostenzuschüsse, und auch da bitte ich um Ihr Votum ab jetzt. – Das ist eine mehrheitlich Zustimmung.

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin:

Hauptamt - Ratsangelegenheiten –
7. März 2022